

## Pressemitteilung

Potsdam, 18. Februar 2015 / 026

### **Stark trifft NRW-Landtagspräsidentin Gödecke zu Beratungen zu gemeinsamem Versorgungswerk**

**Bei Rückfragen wenden  
Sie sich bitte an:**

Pressesprecher  
Rainer Liesegang

Alter Markt 1, 14467 Potsdam

Telefon 0331 966-1002  
Fax 0331 966-1005

pressestelle@landtag.brandenburg.de  
www.landtag.brandenburg.de

Im Landtag Brandenburg hat heute die erste offizielle Beratung seit der Gründung des [„Versorgungswerkes der Landtage Nordrhein-Westfalen und Brandenburg“](#) stattgefunden. Landtagspräsidentin Britta Stark hat am Nachmittag die nordrhein-westfälische Parlamentspräsidentin Carina Gödecke in ihrer Funktion als Vorstandsvorsitzende des Versorgungswerkes getroffen. Die weiteren [Vorstandsmitglieder](#) sowie die parlamentarischen Geschäftsführer der Brandenburger Landtagsfraktionen haben ebenfalls an dem Gespräch teilgenommen. Im Rahmen einer im März 2015 in Düsseldorf stattfindenden [Vertreterversammlung](#) wird der bisherige Vorstand um zwei Mitglieder des Landtages Brandenburg erweitert.

Am Rande des Auftakttreffens sagte Parlamentspräsidentin Stark: *„Die Zusammenarbeit beider Landtage ist nicht nur sinnvoll, sondern gestaltet sich auch äußerst konstruktiv. Der Vertrag über ein gemeinsames Versorgungswerk hat Maßstäbe gesetzt. Mit diesem bundesweit einmaligen Kooperationsmodell nehmen die Landtage Nordrhein-Westfalen und Brandenburg eine wichtige Vorreiterrolle ein.“*

#### *Hintergrund:*

Der damalige Landtagspräsident Gunter Fritsch und die Präsidentin des Landtages Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke hatten am [14. Januar 2014](#) in Potsdam den [Vertrag über ein gemeinsames Versorgungswerk der Abgeordneten beider Landesparlamente](#) unterzeichnet. Dessen Bildung hatten die Landtage jeweils im Jahr 2013 beschlossen. Mit dem Vertragsabschluss wurde die Grundlage dafür geschaffen, das bereits seit 2005 in Nordrhein-Westfalen erfolgreich arbeitende Versorgungswerk mit Beginn der 6. Wahlperiode des Landtages Brandenburg zu einem gemeinsamen Versorgungswerk zu erweitern. Für die Brandenburger Abgeordneten bedeutete dieser Schritt einen Systemwandel weg von der bisherigen staatlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung hin zu einer kapitalfinanzierten Altersversicherung.